

XVII. Türkei.

1. Januar. (Kreta.) Das kretische Parlament ermächtigte unmittelbar vor seiner Schließung die Regierung, alle ihr zweckmäßig erscheinenden Gesetze Griechenlands durch bloße Verfügung in Kreta einzuführen.

3. Januar. Flottenpenden.

Die Offiziere und Mannschaften der ganzen Armee beschloßen, ihr Gehalt von 2 Monaten ratenweise für Flottenzwede zu stiften. Der Flottenverein sammelt in den Provinzen, um 150000 Pfund zum Ankauf eines Kriegsschiffes dem Staatsschatze zu überweisen.

7. Januar. Französisch-türkischer Konflikt.

Eine Grenzfrage über ein zwischen Tunis und Tripolis strittiges Gebiet wird von der französischen Botschaft in Konstantinopel dazu benutzt, die Zurückziehung der türkischen Truppen aus dem strittigen Gebiet zu verlangen.

8. Januar. Eine Note der Pforte an die Schutzmächte Kretas protestiert gegen die Eidekleistung der neuen Kreta-Regierung und gegen den Beschluß der kretischen Kammern, daß die Gesetze Griechenlands auf der Insel angewandt werden sollen.

Ein Antrag der türkischen Postverwaltung bei dem internationalen Bureau des Weltpostvereins in Bern, daß die kretischen Briefmarken verboten werden, wird als nicht rechtzeitig eingelaufen abgelehnt, da Kreta bereits seit 1902 eigene Briefmarken besaß (s. 20. Jan.).

10. Januar. Neues Kabinett.

Hakk Paşa Großwesir, Hüsnü Keuhüreci, Mahmud Şehfeli Krieg, İsmail İzzet Paşa Finanzen und Marine, Halil Paşa Öffentliche Arbeiten, Mustafa Paşa Ainen und Landwirtschaft, Rıza Paşa Prinz von Samos, der auf Samos durch den bisherigen Minister Arif Paşa ersetzt wird, Promme Erziehung. Der bisherige Minister Hamid Paşa wurde durch den Senator Şerif Paşa Bey ersetzt, an die Stelle des bisherigen Schah İsmail tritt der Ulema Hüsnü. Justizminister wird Mehmed Paşa, Unterrichtsminister Emrah Paşa. 8 von den 12 Ministern sind Jungtürken.

11. Januar. Türkisch-französischer Konflikt.

Die Türkei beruft sich Frankreich gegenüber auf den Vertrag von Barde und dem Firman von 1871, welcher Tunis als türkische Provinz erklärt, und verlangt den Ausschluß jeder französischen Einmischung bei Zusammenfügung der Grenzkommissionen. Dagegen verlangte der fran-